Ist das Kostenüberwälzungsprinzip bei der Strompreisfestsetzung überlebt?

Autor(en): **Lienhard, H.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **70 (1979)**

Heft 12

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-905391

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Ist das Kostenüberwälzungsprinzip bei der Strompreisfestsetzung überlebt?

Von H. Lienhard

War in der Vergangenheit die Überwälzung erhöhter Produktionskosten auf die nachgelagerten Verteilorganisationen und von diesen auf ihre Energieabnehmer übliche Praxis, so hat die letzte Tariferhöhungsrunde in der Ostschweiz gezeigt, dass die öffentlichen Versorgungsunternehmungen vermehrt unter das Regime politischer Opportunitätsentscheidungen zu geraten scheinen. Diese Entwicklung ist unter betriebswirtschaftlichen Aspekten problematisch, weil die finanzielle Unternehmungsbasis als Folge der unvollständigen Kostendeckung zunehmend beeinträchtigt werden könnte.

Il était de coutume jusqu'à présent de faire supporter les augmentations du prix de revient de l'électricité par les utilisateurs en passant par les distributeurs. On a toutefois pu constater ces derniers temps, en Suisse orientale, que les entreprises d'électricité publiques, en matière d'augmentations de prix, doivent toujours davantage se soumettre à des décisions politiques opportunistes. Cette évolution risque à la longue de déséquilibrer la situation financière des entreprises du fait que leurs coûts ne sont plus totalement couverts.

1. Die bisherige Praxis

Den schweizerischen Elektrizitätswerken darf attestiert werden, dass sie bisher eine an den effektiven Kosten orientierte massvolle Preispolitik betrieben haben. Mittelabziehende Ausschüttungen blieben bisher bescheiden; die in den Bilanzen ausgewiesenen Fremdmittelaufnahmen dokumentieren, dass die Eigenfinanzierung – im Vergleich zu anderen Branchen – eine im ganzen bescheidene war und im wesentlichen der nötigen Anlagenerneuerung diente. Auch die Reservenbildung ist bei manchen Elektrizitätswerken – gemessen an den Betriebsrisiken – eher gering. Diesen finanzwirtschaftlichen Gepflogenheiten entsprach allerdings auch – wenn auch nicht immer gern akzeptiert –, dass ausgewiesene Mehrkosten der Erzeugung und Verteilung unabhängig von der Art des Rechtsverhältnisses zwischen Lieferant und Abnehmer in Richtung der Belastung des Endverbrauchers überwälzt werden konnten. Auf diese Weise konnte die periodengerechte Eigenwirtschaftlichkeit der in der Stromversorgung tätigen Unternehmungen regelmässig aufrechterhalten werden [1].

Das erwähnte Preisgebaren kann exemplarisch am Beispiel der Tarifpolitik des Elektrizitätswerkes des Kantons Thurgau (EKT) anhand der Fig. 1 gezeigt werden. Nach jeweils fünfjährigen Tarifperioden ohne Preisänderungen erfolgte dann ein Kostenstoss, der zu entsprechend erhöhten Abgabepreisen führte, ohne dass aber die Marge erhöht wurde. Erst die im wesentlichen inflationsbedingten Mehrkosten bei der Produktion führten seit 1975 zu kürzeren Preisanpassungsintervallen (geringe Durchschnittspreis-Modifikationen hängen mit Änderungen der Bezugs- oder Abgabestruktur zusammen).

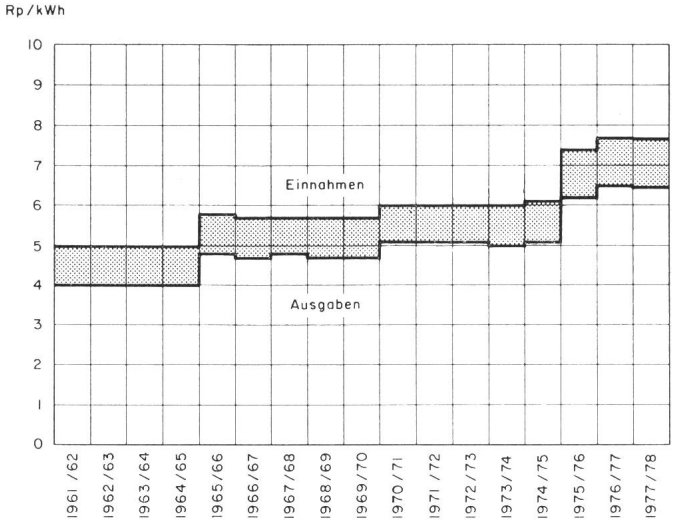

Fig. 1 Entwicklung der durchschnittlichen Einnahmen und Ausgaben des EKT pro gekaufte bzw. verkaufte kWh

2. Der Strompreis wird ein Zentralproblem des öffentlichen Interesses

Rezession, wirtschaftliche Unsicherheit, ein neues Problembewusstsein von Presse und Medien sowie eine aggressiver geführte Energiediskussion führten dazu, dass Meldungen über Strompreiserhöhungen seit etwa 1975 der Charakter von Sensationsmeldungen mit hohem Beachtungsgrad zukam. Seither wird nicht nur vermehrte Information über die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge in der Elektrizitätswirtschaft gefordert, sondern es wird zunehmend auch die Entscheidungslegitimation der für Preisaufschläge zuständigen Organe in Frage gestellt.

Haben schon früher die ihre Interessen wahrenden Verbände (etwa Abnehmerverbände oder Industrievereinigungen) anlässlich von Tarifaussprachen mit den Werken ihre Anliegen geltend gemacht, so hat heute die breite (organisierte und nicht organisierte) Öffentlichkeit ihren Einfluss über Medien und Kantonsparlamente zunehmend verstärkt. Es ist dadurch ein neuer, erweiterter Regelkreis für das Ausdiskutieren von anstehenden Preiserhöhungen entstanden, wie er etwa anhand der Fig. 2 für den Kanton Thurgau vereinfacht dargestellt werden kann. Kennzeichnend sind insbesondere das starke Engagement von Kantonsparlament und Regierung sowie die starke Polarisierung der Meinungsbildung.

3. Neubesinnung auf Ziele und Zwecke der Elektrizitätsversorgung ist nötig

Den meisten Elektrizitätswerken ist in ihren Statuten oder Gründungsgesetzen aufgetragen, die Bevölkerung ihrer Absatzgebiete ebenso wie alle landwirtschaftlichen, gewerblichen und industriellen Unternehmungen jederzeit ausreichend mit möglichst billiger elektrischer Energie zu versorgen, allerdings unter der Nebenbedingung der Eigenwirtschaftlichkeit der Werke (oft formuliert als Verpflichtung zu kaufmännischer Betriebsführung).

Unter Berücksichtigung des eben Angeführten kann nun die Preispolitik eines Werkes unter drei wesensverschiedenen Aspekten diskutiert werden. Es dominieren dann entweder

- betriebswirtschaftliche (= unternehmungswirtschaftliche),
- volkswirtschaftliche (= allenfalls regionalwirtschaftliche) oder
- politische Gesichtspunkte.

Je nach dem bevorzugten Blickfeld treten dann auch andere Hauptziele neben das Versorgungshauptziel. Fig. 3 versucht dies rudimentär anzudeuten.

Eine betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise wird immer einen – wenn auch knappen – positiven Rechnungsabschluss anstreben müssen. Das bedeutet, dass die Preise für die ver-

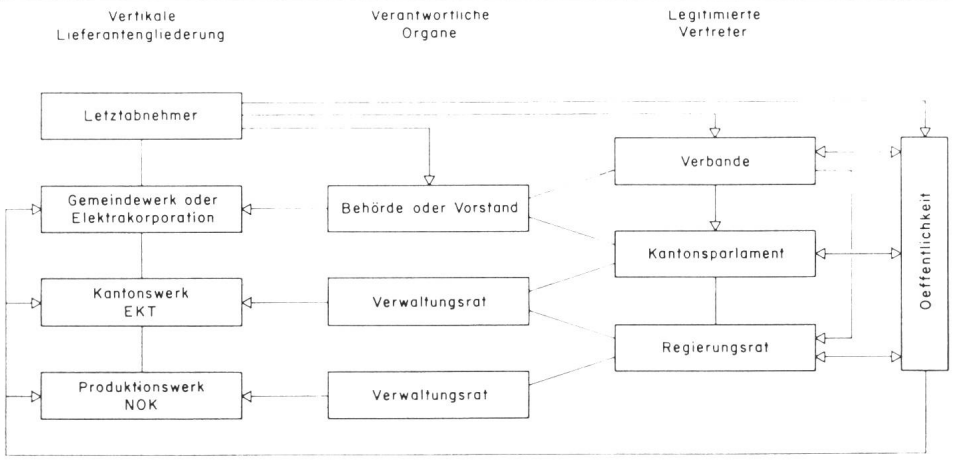

Fig. 2
Vereinfachter Regelkreis des beobachteten Preisbildungsprozedere, am Beispiel des Kantons Thurgau dargestellt

kaufte Energie einschliesslich allfälliger Nebenerträge so kalkuliert sein müssen, dass diese die vollen Periodenkosten einschliesslich der erforderlichen Abschreibungen und nötigen Rückstellungen enthalten. Unterdeckungen bei einem Produktesegment (Tarifposition) müssen also durch Überdeckungen bei anderen kompensiert sein.

Geht man von der klaren betriebswirtschaftlichen Konzeption ab zu einer mehr volkswirtschaftlich orientierten Unternehmungsführung – wie das heute oft für öffentliche Unternehmungen gefordert wird – so muss man sich der einzugehenden finanziellen Risiken voll bewusst sein. Wenn auch über einige Rechnungsperioden durch Auflösen von offenen oder stillen Reserven oder Erhöhung der Verschuldung ein finanzieller Rechnungsausgleich gefunden werden kann, so müssen doch die Fehlbeträge früher oder später über entsprechende Tariferhöhungen wieder hereingebracht werden, oder es sei denn, die bisherigen Tarife waren objektiv zu hoch. Es gilt damit das in der Tabelle I zusammengefasste Schema des Finanzplans auch über eine Folge von Rechnungsperioden.

Überwiegen bei der Gestaltung der Tarifpolitik politische Gesichtspunkte, so bedeutet dies meist ein Abgehen von der betriebswirtschaftlich notwendigen Vollkostendeckung zugunsten anderer Ziele. Wenn aber heute – etwa aufgrund des politischen Druckes der öffentlichen Meinung – nur eine Teilkostenüberwälzung durchgesetzt werden kann, so ist die Wahrscheinlichkeit doch eher gering, dass der finanzielle Ausfall später zusätzlich geltend gemacht werden kann. Es besteht dann die Gefahr, dass die Investitionen eingeschränkt werden und damit langfristig ein reduziertes Angebot zur Verfügung steht. Eine andere – sowohl von der Eigenständigkeit der Unternehmung als auch politisch – problematische Lösung, quasi als ultima ratio, wäre dann die Institutionalisierung der Defizitgarantie durch öffentliche Körperschaften (aus Steuergeldern oder zweckgebundenen Abgaben) oder die Subventionierung durch Bund oder Kantone.

Finanzplan Tabelle I

Ausgaben	Einnahmen
Zahlungswirksamer Aufwand Zahlungswirksame Bilanzveränderungen	Zahlungswirksamer Ertrag Zahlungswirksame Bilanzveränderungen
Allfällig verwendbarer Finanzierungsüberschuss	Zu deckende Finanzierungslücke

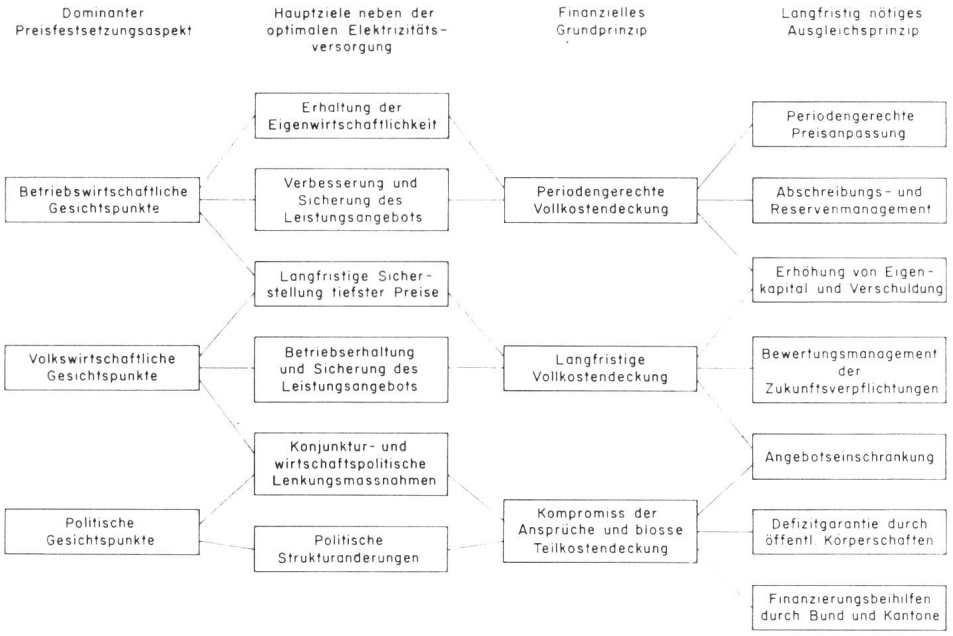

Fig. 3
Abstrakte Darstellung von unternehmungsleitenden Preisfestsetzungsprinzipien, wie sie – allerdings kaum je in reiner Form – in Elektrizitätsversorgungsunternehmen praktiziert werden

An dieser Stelle wird man zurückblenden dürfen auf Worte, die ein konsequenter Verfechter der Eigenwirtschaftlichkeit öffentlicher Versorgungsunternehmungen, der damalige Ordinarius für Nationalökonomie an der Universität Zürich, Dr. Manuel Saitzew, vor 50 Jahren geschrieben hat:

«Wenn die öffentliche Unternehmung sich das Ziel setzt, Einnahmequelle zu sein, wenn die Möglichkeit, sie daneben und darüber hinaus in den Dienst gesamtwirtschaftlicher Interessen zu stellen, dadurch gegeben sein soll, dass sie die bei der Darbietung gewisser Leistungen entstehenden Verluste durch die eigenen Einnahmenüberschüsse aus der Gewährung anderer Leistungen decken soll, dann stellt sich eben von selbst als erste die Frage, ob denn der Staat und die sonstigen öffentlichen Körperschaften überhaupt imstande sind, ob sie überhaupt die Fähigkeit haben, als Unternehmer aufzutreten, privatwirtschaftlich tätig zu sein, ob die öffentlichen Unternehmungen im gleichen oder in einem ähnlichen Masse wie die privaten eine Rendite abwerfen, eine Rentabilität aufweisen und überhaupt mit dem gleichen Erfolg wie die privaten wirtschaften können [2].»

Diese Frage wird man heute ohne Zweifel bejahen dürfen, sofern diesen Unternehmungen auch eine ausreichende Tarifautonomie zugestanden wird.

Literatur

[1] *H. Lienhard:* Weshalb steigen die Elektrizitätspreise?; Bull. SEV/VSE 67(1976)5, S. 225 ff.

[2] *M. Saitzew:* Die öffentliche Unternehmung der Gegenwart; Tübingen 1930, S. 29.

Adresse des Autors

Dr. *H. Lienhard,* Direktor des Elektrizitätswerkes des Kantons Thurgau, 9320 Arbon.

Nationale und internationale Organisationen
Organisations nationales et internationales

Office d'Electricité de la Suisse romande (OFEL)
Assemblée générale 1979

L'OFEL a tenu son Assemblée générale ordinaire à Vevey le 16 mai 1979, avec une participation importante et en présence de nombreux invités. L'Assemblée générale s'est ouverte par un exposé de M. René Wintz, président de l'OFEL. (Cet exposé est reproduit ci-après.) M. Paul-André Eicher, directeur de l'OFEL, rendit ensuite compte des activités de l'association. Après la partie administrative, l'invité d'honneur, M. Edouard Kiener, directeur de l'Office fédéral de l'énergie, fit un exposé dans lequel il évoqua les questions d'actualité de la politique énergétique suisse. Il a notamment souligné l'importance de la conception globale de l'énergie compte tenu du problème du pétrole et de la nécessité, voire la difficulté de réaliser des économies d'énergie. Le programme de l'Assemblée générale était encore agrémenté par une visite du Musée de Chamby, auquel les participants se sont rendus en train à vapeur.

Exposé de M. René Wintz, président de l'OFEL

«En attendant la clôture de la liste de présences, je désire vous faire part de quelques brèves considérations relatives à l'économie électrique et à notre Association.

Des événements importants se déroulent depuis plusieurs mois pour l'économie électrique.

Position de l'économie électrique face à la révision de la loi sur l'énergie atomique

Les Chambres fédérales ont approuvé, le 6 octobre 1978, à la quasi unanimité, l'arrêté fédéral complétant la loi sur l'énergie atomique. Suite à l'aboutissement du référendum, le peuple suisse sera appelé à se prononcer sur cet arrêté dimanche prochain.

L'arrêté fédéral entraîne, pour les constructeurs et exploitants de centrales nucléaires, des complications, des retards et donc des renchérissements supplémentaires. Dans la nouvelle procédure d'autorisation générale, le besoin d'une centrale nucléaire doit être démontré, tout comme la manière dont sont conçus l'élimination des déchets ainsi que la désaffectation et le démantèlement éventuel des installations. Ainsi la construction de centrales nucléaires ‚de réserve' est désormais rendue légalement impossible, ce qui, apparemment, répond à un désir largement exprimé par l'opinion publique; il ne paraît donc plus suffisant que cela ait toujours été une règle pour ceux qui sont responsables de la production d'énergie électrique. Chaque citoyen dispose de deux procédures d'objection et l'autorisation générale doit être acceptée par les Chambres fédérales. En contrepartie, l'arrêté fédéral complétant la loi sur l'énergie atomique donne une base politique solide pour de futures décisions, car il permet, de façon optimale, de tenir compte des préoccupations des citoyens. En résumé, l'arrêté tient compte de l'inquiétude manifestée dans de larges milieux de la population ainsi que des objections formulées à tous égards par les adversaires de la politique menée jusqu'ici dans le domaine de l'énergie nucléaire, dans la mesure où celles-ci étaient constructives.

En dépit de contraintes très rigoureuses, l'utilisation de l'énergie atomique reste cependant possible à l'avenir, ce qui n'aurait pas été le cas si l'initiative anti-nucléaire avait été acceptée. Ce fait est à apprécier de façon positive, *c'est pourquoi l'économie électrique accepte cette loi,* consciente que ses nouvelles dispositions répondent à une nécessité politique. Il n'en demeure pas moins que l'économie électrique ne sera cependant pas déliée de son obligation de fournir de l'énergie électrique, pas plus qu'elle ne sera libérée de sa responsabilité pour ses investissements. Cette situation s'avère certainement très inconfortable.

Politique d'information des entreprises d'électricité

J'aimerais, d'autre part, revenir sur l'initiative anti-nucléaire refusée de justesse par le peuple et les cantons, le 18 février dernier. Nous pouvons nous déclarer satisfaits que la Suisse ne se soit pas fermé pour longtemps la porte du nucléaire. Néanmoins, le résultat de ce vote particulièrement serré a montré à quel point ce risque était grand. Les cantons romands du reste, excepté le Valais, ont accepté cette initiative.

On peut dès lors faire les remarques suivantes:

Au cours des mois qui ont précédé la votation notamment, un effort particulier a été réalisé dans le domaine de l'information. Des représentants de plusieurs entreprises d'électricité ont participé à quelque 150 débats et ceci uniquement pour la Suisse romande. L'OSIN et d'autres associations ont réalisé de nombreux documents à l'intention de la presse et du grand public; quelque 25 000 brochures furent distribuées, par exemple, dans le cadre du stand de l'OFEL au dernier Comptoir Suisse. Nous devons néanmoins constater que l'inquiétude, face à l'énergie nucléaire, subsiste et ceci particulièrement en Suisse romande. Il convient de souligner que cette angoisse latente est largement exploitée par les mécontents de tout poil. Je ne citerai qu'en exemple le nombre de propos alarmistes prononcés lors de l'accident survenu à la centrale nucléaire de Three Mile Island dans l'Etat de Pennsylvanie. En fait, cette avarie qui a effectivement causé des dégâts techniques graves, n'a par contre fait aucune victime ni parmi le personnel de la centrale ni au sein de la population avoisinante. Ce dernier point est essentiel et il convient de le rappeler.

La campagne qui a précédé la votation du 18 février a également démontré que le grand public assimile le terme énergie